

Arbeiterkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Einheit überlagert nach. Einzelpreis (etwa monatlich) 1900 Mk., durch die Post 1900 Mk. ohne Postgebühren. Preis u. Verlag: Ernst-Greifwitsch & Co., Halle, Vertriebsstelle: 14. Aprilstr. 10/11, 1047 2025. Schriftdruck: Spröckelstr. 12-14, 4-5 Uhr.

Der Einzelpreis beträgt 60 Pf. für den Halbjahrespreis und 300 Pf. für den Jahrespreis. Der Einzelpreis beträgt 60 Pf. für den Halbjahrespreis und 300 Pf. für den Jahrespreis. Der Einzelpreis beträgt 60 Pf. für den Halbjahrespreis und 300 Pf. für den Jahrespreis.

Einzelpreis 80 Mark

Dienstag, den 6. Februar 1923

3. Jahrgang, Nr. 31

So sieht ihr Patriotismus aus!

Ein Vertrag zwischen der Badischen Metall- u. Sodafabrik und der französischen Regierung

Die Handelspresse geht jetzt eine Mitteilung über einige Einzelheiten eines Abkommens, das zwischen der Badischen Metall- u. Sodafabrik und der französischen Regierung getroffen wurde. Durch dieses Abkommen wird die Badische Metall- u. Sodafabrik unabhängig von allen durch den Berliner Vertrag der französischen Regierung zugewandenen Rechten freiwillige Bewilligung zur Herstellung von Ammoniak dar. Sie verpflichtet sich zur Mittelung aller zur Fabrikation nötigen Angaben und Einzelheiten der Verfahren für die alternativen Kontrollmaßnahmen zur Erzielung gültiger Patente. Durch dieses Abkommen wird die Badische Metall- u. Sodafabrik unabhängig von allen durch den Berliner Vertrag der französischen Regierung zugewandenen Rechten freiwillige Bewilligung zur Herstellung von Ammoniak dar. Sie verpflichtet sich zur Mittelung aller zur Fabrikation nötigen Angaben und Einzelheiten der Verfahren für die alternativen Kontrollmaßnahmen zur Erzielung gültiger Patente. Durch dieses Abkommen wird die Badische Metall- u. Sodafabrik unabhängig von allen durch den Berliner Vertrag der französischen Regierung zugewandenen Rechten freiwillige Bewilligung zur Herstellung von Ammoniak dar. Sie verpflichtet sich zur Mittelung aller zur Fabrikation nötigen Angaben und Einzelheiten der Verfahren für die alternativen Kontrollmaßnahmen zur Erzielung gültiger Patente.

Dielei Vertrag mit der französischen Regierung abschließt, allen Arbeitern, die sich nicht von den nationalen Beschlüssen einlassen lassen, wie der Patriotismus der deutschen Kapitalisten ausseht.

Gestern liegen die Aktien der Gesellschaft des Metall-Konzerns außerordentlich stark. Eine Aktie der Badischen Metall- u. Sodafabrik kostete am letzten Börsentag 320.000, gestern 600.000 Mark. Die Aktien der übrigen Aktien Größtenteils liegen gestern von 400.000 auf 450.000, der Eisenwerke von 300.000 auf 400.000, der Badischen Anilin- u. Sodafabrik von 300.000 auf 400.000 Mark. Das Geschäft geht.

Der Typen-Schwindel

Es ist in eingetragenen Kreisen bekannt, daß die Franzosen, lange bevor der Einmarsch ins Ruhrgebiet erfolgte, immer wieder den Versuch machten, sich die Unterstützung der deutschen Industriellen beim Aufbau eines weltumspannenden Kohlen- und Stahlwerks unter Einwirkung von Rhein und Ruhr zu sichern. Sie ließen aber jedesmal auf den unheimlichen Widerstand der deutschen Unternehmer. Diese erklärten sich zwar grundsätzlich durchaus in einer Verständigung mit der französischen Industrie bereit, jedoch unter der Bedingung, daß die deutsche Souveränität über Rhein und Ruhr unangefastet bleibe. Demgemäß wurde die Verständigung der französischen Typen von Rhein verlangt und daran scheiterten dann jedesmal die Verhandlungen.

Hier wird ausdrücklich festgestellt, daß Stinnes und Luberac in dem Ziel, einen Wirtschaftsbund zu schließen, vollständig einig sind. Nur über den Anteil an der Beute konnte man sich nicht verständigen. Darum ließ man bei Stinnes' Angeboten Raum, so daß man jetzt den Kurs der Reichsanleihe ins Bodenlose sinken, damit erreicht man neue, unerhörte Preissteigerungen, damit erreicht man eine neue unerhörte Ausbeutung des Volkes und damit erreicht man schließlich, daß der benutzte Staat der Stinnes-Kompagnie auch nach der Reichsgründung ausliefern muß.

Den Arbeitern schadet man einmündig, die Typen und Stinnes arbeiten sich als Hehler des Vaterlandes. In Wirtschaftlichkeit versuchen sie, eine chaotische Stimmung zu erzeugen, um die Stimmung für ihre Privatinteressen auszunutzen. Die obigen Feststellungen sind entnommen dem treubehaltigen Blatt, dem Stinnesorgan, 'Deutsche Wegwerbszeitung', und zwar der Nr. 27 des 24. Jahrgangs vom Freitag, dem 2. Februar. Das Blatt steht an der Spitze des Sozialliefes.

Das Ergebnis von Leipzig

(Schluß)

Mit der Frage der proletarischen Einheitsfront eng verknüpft ist die Frage der Arbeiter-Regierung. Beide gehören zusammen. Gleich wie in der Frage der Taktik der Einheitsfront zur Debatte stehen, auch die Arbeiter-Regierung in ihrem Zusammenhang mit der Einheitsfront, keine Differenzen über die Frage der Beteiligung an einer Arbeiter-Regierung. Verschiedene Auffassungen bestehen nur darüber, was wir mit der Arbeiter-Regierung praktisch wollen, wie sie zu erreichen ist.

Die sogenannten 'Linken' betrachten die Arbeiter-Regierung als eine Art Sammelbezeichnung für sämtliche Kämpfe, die sich in der Form der Einheitsfront vollziehen. Sie sind der Meinung, daß die Abwägung der Einzelheiten auf den Sieg nicht möglich sein wird ohne entscheidende, außerordentliche Kämpfe, ohne den Bürgerkrieg. So werde die Arbeiter-Regierung, sobald sie auftritt, die Machtfrage aufzuheben und den Übergang von der Defensiv- zur Offensivphase vollziehen. Deshalb ist für die 'Linken' die Arbeiter-Regierung nur ein Pseudonym, eine andere Begriffsbestimmung für die Diktatur des Proletariats. Sonach wäre die Arbeiter-Regierung tatsächlich nur eine Frage der Propaganda, die zwar an die vorhandenen, demokratischen Institutionen als 'Linke' anknüpfen, aber sich letztlich des Ziel hat, mit der Partei der Einheitsfront und Arbeiter-Regierung der demütig revolutionären Teil des Proletariats zu führen, das er bereits vor der Erreichung der politischen Macht seine eigene Bewaffnung durchzuführen kann. Die Lösung der Machtfrage wird so von opportunistischen Genossen zur Voraussetzung einer Arbeiter-Regierung gemacht, was praktisch bedeuten soll: Mit der Errichtung der Arbeiter-Regierung beginnt faktisch die Diktatur des Proletariats.

Es ist lennbar, daß nach diesen Auffassungen die Arbeiter-Regierung gar keine konkrete Bedeutung bekommen soll. Die Genossen, die sich 'Linke' nennen, leben sie in Wirtschaftlichkeit ab und stellen sich in Opposition gegen die große Mehrheit der Partei. Sie wollen unter allen Umständen als 'Linke' gelten, und haben dabei nicht einmal in der Lage, der Partei andere tatsächliche Mittel zu empfehlen, die zum Ziel führen und nach dem Begriff von Links im parteipolitischen Sinne in ihrer Anwendung der Partei aktiver und intensiver Wirksamkeit verleihen könnten. Die 'Linken'-Opposition in der Partei entpuppt sich damit als eine Opposition, die in Opposition nur um der Opposition willen betreibt und dadurch am weitesten, lähmend, auf die Aktionstrategie der Partei wirkt.

In Anbetracht dieser Tatsache vermag es höchstens als eine Entschuldigungsgebe, wenn Maslow als Führer der Opposition in seinem Schlußwort geltend macht, die von ihm und Ruth Fischer geleitete Opposition wende gegen die bei den 'Rechten' angelegentlich vorhandene Tendenz, taktische Fragen zu Programmatragen zu machen, und die Umwälzung, daß die 'Rechte' der Arbeiter-Regierung habe sich und einen neuen Staatstypus darstellen könne. Diese Argumente sind nichts als Opportunistentricks. Von niemandem in der Partei und erst recht nicht auf dem Parteitag — sind unteres Wissen keine Auffassungen vertreten worden. Gemäß bringt die Taktik der Einheitsfront und Arbeiter-Regierung opportunistische Gefahren im Verlauf ihrer Anwendung mit sich. Wir sind die Letzte, die befreiten wollen, daß opportunistische Entgegnungen ausgeschlossen seien, wenn wir wirtschaftlich an die Tagesseite, politisch an die demokratischen Institutionen, denen viele Arbeiter noch verfallen sind, anknüpfen und größere Massen von ideologisch noch unklaren Arbeitern aus der WEDD zu uns locken, wenn sie leben, daß die reformistischen Führer nicht kämpfen wollen. Die kommunistische Partei kann auch die Arbeiter, die infolgedessen in revolutionärem Drange zu uns kommen, um mit uns zu kämpfen, nicht zurückstoßen, nur weil ihnen die kommunistischen Ziele noch nicht in Frieden und Einigkeit bekannt sind und sie somit noch nicht gegen den opportunistischen Sozialismus geteilt sind. Diese Gefahr darf die Partei nicht abhalten, den unter den gegebenen Umständen einseitig möglichen Weg zu gehen, um an die Massen heranzukommen, wenn sie nicht an Stohrstrick erbitzen will.

Die Parole der Arbeiter-Regierung ist für uns alles andere, nur nicht eine bloße Parole der Propaganda oder ein Pseudonym für die Diktatur des Proletariats. Die Frage der Taktik der Arbeiter-Regierung ist für uns die Frage: Wie befreien wir die Massen aus den demokratischen Institutionen, in denen sie noch befangen sind? Wie zertrümmern wir die Sozialdemokratische Partei und schaffen wir so die Grundbedingung für den Sieg der deutschen Revolution? Die Arbeiter-Regierung ist aber auch für uns nicht ein neuer stabil bleibender Staatstypus — etwa die 'Konstitutionalisierung des Proletariats als Nation', sondern sie kann nur ein Durchgangsstadium auf dem Wege dazu, auf dem wir das Proletariat zum Kampf um die Diktatur des Proletariats bringen wollen.

Die Arbeiter-Regierung wirkt mehr durch ihr Programm als durch ihr Zustandekommen. Die bürgerliche Politik und die sozialdemokratisch-bürgerliche Reaktionspolitik erleben immer mehr Schicksal. Selbst Bürgerliche geben das zu. Aber was sollen wir an die Stelle der bürgerlichen Regierung legen? Die nach der Forderung der Diktatur des Proletariats heute als Parole zu

Die Erfolge der Regierung Cuno

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 6. Februar.

Die französische Regierung hat die Note der deutschen Regierung vom 21. Januar mit Platztönen mit Kleinmengen 'Kaut nicht französische und belgische Waren' beehrt, daß sie ihre Annahme verweigert. Sie könne nicht dulden, daß zwischen den Zellen oder ausgesprochen eine Kritik an den Maßnahmen der Reparationskommission geübt werde. Die französische Regierung werde auch künftig alle derartigen Schreiben zurückweisen.

Poincaré erklärte am Sonntag in der Generalversammlung der französischen Journalisten: 'Weder im Ruhrgebiet noch an Rhein werden mit auf das verzierten, was mit ihnen. Wir werden morgen, wenn es sein muß, weitere wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen und danach noch weitere. Juridischen werden wir auf keinen Fall, insonde Vorläufe zu machen. Auf keinen Fall werden wir die Forderungen, die wir entgegen haben.'

Die Internationale der Handgranaten

Essen, 5. Februar.

In Essen gegen am Sonnabend Arbeiter aus kommunikativen Versammlungen unter dem Gelang der 'Internationale' am Hauptbahnhof vorbei. Die französischen Soldaten gaben einige Geschüsse ab.

Ob sie es aus Furcht vor den Arbeitern getan, ob deshalb, weil jene die 'Internationale' langten, wissen wir nicht. Eider ist, daß sie solange auf Arbeiter schießen werden, und zwar gleichgültig, ob auf deutsche oder französische, als sie, die Proleten im Ruhrgebiet, Werkzeuge sind in der Hand ihrer Offiziere, d. h. in der Hand der Bourgeoisie.

Die rheinischen Arbeiter für die internationale Kampffront

(Eigene Drahtmeldung.)

Düsseldorf, 5. Februar.

Die wirtschaftliche Lage spitzt sich immer mehr zu. Der Bahnverkehr liegt in großen Teilen des besetzten Gebietes still. Die nationalsozialistische Welle ist fast völlig überwunden. Während die Sozialdemokraten wegen ihrer inneren Differenzen fast keine Versammlungen abhalten, sind von den Kommunisten in den letzten zehn Tagen im als und neuesten Gebiet 140 Versammlungen einberufen worden, die nahezu reiflich überfüllt waren und einen glänzenden Verlauf nahmen. Die Arbeiterfront am Rhein und an der Ruhr steht immer mehr ein, daß es sich um einen Krieg der Kapitalisten Deutschlands und Frankreichs handelt.

In Remscheid sprach am Sonntag in den überfüllten Stadthallen Gewerkschaftliche Arbeit in Essen im Stadthallen Saal vor Tausenden Genossen Maslow, in Düsseldorf im großen Saal der Tonhalle Genosse Walter Stocker nicht gegen den französischen Imperialismus und den französischen Kapitalismus, der mit denselben Mitteln überwunden werden müßte, mit denen er jetzt die Arbeiter an Rhein beringt. Die Voraussetzung für diesen Kampf aber sei der Sturz der deutschen Bourgeoisie und die Aufhebung der Macht durch die deutsche Arbeiterfront.

Streit der Saarbergwerke

Saarbrücken, 5. Februar.

Der Bergarbeiter in die Besetzung von zwei Franzosen pro Bergarbeiter worden. Die Konferenz der Bergarbeiterverbände hat diese Forderung für völlig ungenügend erklärt. Der Streit im Saargebiet ist auf der ganzen Linie vollständig.

Nach dem Abbruch in Lausanne

M. Lausanne, 5. Februar.

Londner Nachrichten berichten über eine große Erbitterung der englischen Regierung gegen Frankreich. Da die französische Delegation am Scheitern der Konferenz schuld sei, würde man mit einem anderen französischen Kabinett als mit Poincarés Verhandlungen aufnehmen.

England plant einen Teil der atlantischen Flotte vor Gibraltar zusammen, um die Schiffe nach dem Rhein zu senden können, wenn die Lage es erfordert. Die Schiffsflotte 'Relatien' und 'Royal Sovereign' sind nach den Darbanellen abgegangen, um die unter Admiral Broof liegende Flotte zu verstärken.

Figaro stellt eine außerordentlich ernste Lage voraus, empfängt jedoch Verleumdungen darüber, daß die Arbeiter von Frankreich, Italien und England einmündig in vollen Einverständnis verfallen hätten. Gousses sagt, es dürfe nicht vergessen werden, daß ein Einverständnis zwischen Ungarn und Moskau bestünde und daß Tschitcherin bereits in Berlin angekommen sei. Man müße deshalb mit außerordentlicher Vorsicht handeln. Frankreich ist jetzt nicht in der Lage, sich in das türkische Weltpolitik zu begeben. Die Ruhe genüge seinen Anforderungen.

Die Leuzenburger in Frankreich. Das Brot kostet bereits 1,25-1,30 Franken. Der Zuckerpriest hat sich in einigen Tagen um einen Franken erhöht. Ein Doppelpfund Butter kostet 10 Franken. Auch alle übrigen Bedarfsartikel steigen rapid. Diese Preissteigerungen zwingen unsere französischen Klassenbrüder, Lohnkämpfe einzulegen.

„Die politische Lage und die nächsten Aufgaben des Proletariats“

Die vom Parteitag in Leipzig angenommene Resolution über „Die politische Lage und die nächsten Aufgaben des Proletariats“ hat folgenden Wortlaut:

1. Die Zerfallstende des Kapitalismus und die weltwirtschaftliche Konjunktur.

Die vom 3. und 4. Weltkongress der Kommunistischen Internationale in den Thesen über die Weltlage, über die kommunistische Politik niedergelegten Beurteilung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Lage, sowie der Lage des Kampfes, ihrer Triebkräfte und Ausläufer hat sich als vollständig richtig erwiesen. Die Zerfallstende des Kapitalismus, die der Weltkrisis in seinem beschleunigten Symptomen der Zerbreitung der Weltwirtschaft, ist in den besiegten Ländern und einer Reihe anderer Länder weiter fortgeschritten. Der 3. und 4. Weltkongress hat festgestellt, daß die Zerfallstende des Kapitalismus sich in Konjunkturschwankungen nicht, ebenso wie das unter normalen kapitalistischen Verhältnissen der Fall war, sondern in Krisen, die 1929 einsetzte, befingerten. Die niedrige Konjunktur war der Konjunkturschwankung der Weltwirtschaft gegenüber, die 1929 einsetzte, befingerten. Die niedrige Konjunktur war der Konjunkturschwankung der Weltwirtschaft gegenüber, die 1929 einsetzte, befingerten.

2. Der Zerstoß der imperialistischen Außenpolitik, imperialistische Neugruppierung und drohende imperialistische Kriegsgefahr.

Mit dem Verlauf des Weltkriegs, die Rollen des Weltkriegs und des kapitalistischen Weltwirtschaftskreislaufes, der die Weltwirtschaft des Proletariats aufzubauen, hat sich verändert, was in dem Verlauf und in den anderen Friedensverträgen enthalten ist, die die besiegten Staaten zugunsten der Siegerstaaten rücksichtslos auszurollen. Dieser unumkehrbare Plan ist seit seiner materiellen Durchführbarkeit, teils an dem teils an seiner materiellen unterirdischen Vollkommenheit gescheitert. Das für die Siegermächte der Weltwirtschaftliche Krisis zu verdrängen droht. Die Durchführung des Berliner Vertrages hat sich als unmöglich, die geordneten Beziehungen des Krieges, die aus dem verfallenden Weltwirtschaftlichen Verbindungen herabzuwachen. Die Liquidation des Berliner Vertrages durch die Bourgeoisie, die in den unterirdischen Wäldern mit noch größerer Ausbreitung, Unterdrückung und Verschlingung. Die Weltwirtschaftliche Krise hat sich als unmöglich, die geordneten Beziehungen des Krieges, die aus dem verfallenden Weltwirtschaftlichen Verbindungen herabzuwachen.

Die Arbeitslosigkeit wächst

Das über die Weltwirtschaftliche Krise hat sich als unmöglich, die geordneten Beziehungen des Krieges, die aus dem verfallenden Weltwirtschaftlichen Verbindungen herabzuwachen. Die Liquidation des Berliner Vertrages durch die Bourgeoisie, die in den unterirdischen Wäldern mit noch größerer Ausbreitung, Unterdrückung und Verschlingung. Die Weltwirtschaftliche Krise hat sich als unmöglich, die geordneten Beziehungen des Krieges, die aus dem verfallenden Weltwirtschaftlichen Verbindungen herabzuwachen.

Vom Tage

Schwere Erdbeben im Stillen Ozean
Kürzlich wurde gemeldet, daß in diesen Erdbebenwellen schwere Erschütterungen stattfanden. Erst jetzt sind nähere Angaben über die neuesten Katastrophen der wieder rebellisch gewordenen Erde ein. Dem „New York Herald“ zufolge ist es immer noch nicht möglich gewesen, den Herd des großen Erdbebens festzustellen, von dem nun sicher ist, daß er von ganz ungeheurer Umfang gewesen sein muß. Die Inseln Samoa und Guam antworteten nicht mehr auf Kabel und selbst auch nicht mehr auf drahtlose Anrufe. Es heißt festzuhalten, daß der Herd des Erdbebens in der Inseln des Stillen Ozeans sich befunden hat und sich nachrichtlich bis an die Westküste Südamerikas erstreckte. Eine andere Meldung aus Neuport besagt, daß die Erderschütterungen, die in mehreren Ozeanregionen der Welt verzeichnet wurden, den Südpazifischen Ozean heimgesucht haben. Die Hawaiianer Inseln wurden von einer ungeheuren Sturmflut überflutet. Über 100 Fischerboote wurden zerstört. Die Hauptstadt Honolulu hat großen Schaden zu verzeichnen. Die Gebäulichkeiten waren ebenfalls wie die, durch die im Jahre 1906 San Francisco zerstört wurde. Die meisten Seismographen der Vereinigten Staaten sind außer Gebrauch gesetzt worden. Es wird als beunruhigendes Anzeichen angesehen, daß der Vulkan Lassen nordwestlich von San Francisco wieder eine vermehrte Tätigkeit entfaltet. Gestern stieß er ununterbrochen Lava aus. Aus den Klüften sind vermerkte vulkanische Tätigkeiten gemeldet. Aus Canada und Mexiko liegen gleichzeitig Meldungen von Erdbebenherden über ein schweres Erdbeben, das vier Stunden dauerte. Nach den Aufzeichnungen ist das Erdbeben bedeutend größer als das kürzlich in Chile gemeldete. Nähere Nachrichten fehlen noch. Es ist bisher nicht möglich gewesen, den Erdbebenherd festzustellen. Man vermutet, daß es sich um Mittelamerika oder um die Anden handelt.

Eine Dammbrechungskatastrophe

Mie aus der Verwaltung der Damschiffwerke mitgeteilt wird, ist am Sonnabendabend durch Hochwasser und Dammbrech der Britania in zwei Schächte der Damschiffwerke Wasser eingedrungen. Zu der Dammbrechungskatastrophe berichten die in Oberösterreich erscheinenden Blätter: Infolge des in den letzten Tagen anhaltenden Regens und der Aufschwemmung der Flüsse über den Meeresspiegel. Einige Kilometer vom Gattsch-Schicht brachen die Wasser-

barer noch als der letzte, ist unabweisbar, falls nicht das Weltproletariat den Imperialismus zuvor in einem oder in mehreren seiner Hauptstützen niederbricht.

Am Kampfe um die kapitalistische Liquidation der Friedensverträge, d. h. im Grunde um eine neue imperialistische Weltwirtschaft, zeigen sich drei unterschiedliche Gruppen, nämlich: erstens die neue imperialistische Weltwirtschaftsgruppen, die aber noch keine endgültige Gestalt angenommen haben.

Im Kampf um die kapitalistische Liquidation der Friedensverträge, d. h. im Grunde um eine neue imperialistische Weltwirtschaft, zeigen sich drei unterschiedliche Gruppen, nämlich: erstens die neue imperialistische Weltwirtschaftsgruppen, die aber noch keine endgültige Gestalt angenommen haben.

Im Kampf um die kapitalistische Liquidation der Friedensverträge, d. h. im Grunde um eine neue imperialistische Weltwirtschaft, zeigen sich drei unterschiedliche Gruppen, nämlich: erstens die neue imperialistische Weltwirtschaftsgruppen, die aber noch keine endgültige Gestalt angenommen haben.

3. Deutschland geht weiter dem Abgrund zu.

Deutschland unter kapitalistischer Herrschaft ist das widerstandsfähigste Objekt der imperialistischen Weltwirtschaft. Aus dieser demütigenden Rolle hat sich der Sieg seiner Arbeiterklasse über die Bourgeoisie und die Verbindung mit Sowjet-Rußland und den unterirdischen Kolonialländern befreit. Unter dem gleichzeitigen Druck der Reparationslasten und dem planmäßigen Eingreifen der deutschen Anarchisten und Bantionäre die Zerrüttung der Welt und der öffentlichen Finanzen zusehend fortgeschritten. Die neuen Industrie- und Bergbauunternehmen, die Zusammenbruch der Welt durch die Angst aus der Welt und die Anlage ihrer Goldreserven im Ausland bewahrt und planmäßig gefördert und rücksichtslos für ihre Profitinteressen ausgenutzt. Sowald die Preise für den Weltmarktpreisen nähern, veranlassen die deutsche Kapitalisten einen Weltmarkt, was als geltend, diese Methoden geradezu vertuscht zu handhaben. Gestützt auf den rassistischen Kapitalismus hat die deutsche Großindustrie sich die Fortdauer der Schmutzkonjunktur auf dem Weltmarkt gesichert. Das Kapital bedient sich der Waffe der Wertentwertung planmäßig zur immer tieferen Senkung der Reallohn- und Gehälter. Weite Schichten der Bevölkerung sind durch den Preisverfall und ein Teil der landlichen Kleinproduzenten, sind an dem Weltmarkt ruiniert und ausgebeutet worden. Ihre kleinen Existenzmittel und färglichen Renten sind hoffnungslos entwertet. Gleichzeitig hat das Kapital die Mechanismen der Geldentwertung rücksichtslos ausgenutzt, um sich von der Steuerleistung zu befreien und die Hauptlast der Steuern auf die arbeitenden Angestellten und Beamten und dem künftigen Mittelstande aufzubürden.

Das Kapital zeigt häufig die Tendenz, seine Profite durch eine rücksichtslos rassistische an der Arbeiterschaft und dem künftigen Produktionsapparat zu hegen, statt durch Verbesserung der Lebensmittel und der Arbeitsweise die Produktion zu heben. (Fortsetzung folgt.)

malen durch und rufen das Schicksal herbei. Wichtige Minuten jeder erfolgte der Durchbruch beim Knoff-Schicht und Innungen Arbeiter führen in die Sohle. Zwei in der Erde die tätige Arbeiter fanden den 2. vom Knoff-Schicht gegen angetreten die Wasserformen in die Gassen der angrenzenden Johannstraße und setzen die wie den Zinnas-Schicht unter Wasser. Die Arbeiterbewegungen der umliegenden Gruben, Bundes der Arbeiter und mehrere Arbeitervereine eilten zur Hilfe und versuchten in rassistischer Arbeit die Durchbruchstelle zu schließen. Die Hauptfrage war, die Gefahr für die erschöpfenden Gruben, insbesondere für die Rüstschicht, abzumildern, aber Gottverlei, die mitting brachen auch hier die Arbeiter in einer Reihe von vier Metern und in einer Höhe von 1 1/2 Metern durch. Weiterhin die Wagnisse, die Grün-Grube, Eimengrube und die Georg-Grube gefährdet. Der Schaden beläuft sich auf 11 Millionen, da die betroffenen Schächte auf Boden stillgelegt sind. Der Wasserdurchbruch dauerte morgens noch an. Die über 4000 Mann zählende Belegschaft ist arbeitslos geworden.

Großfeuer auf einem Gute. Gestern nachmittag brach auf dem Dominium Marienhof in Oberösterreich ein Großfeuer aus. Aus unbekannter Ursache brach die mächtige aus Holz und Getreide und Strohbestanden gefüllte Scheune in Brand. Die Feuerwehren mußten sich auf die Erhaltung eines Pfeils beschränken, während die übrigen Teile der Scheune in einer Höhe von 75 Meter dem Feuer zum Opfer fielen. Das Dominium Marienhof gehört zur Ferdinandgrube und befindet sich im Besitz des Grafen von Thiele.

Dyannung zweier Junfers-Flugzeuge. Nach einer Aufhebungung aus Neuport haben vor einigen Tagen zwei Junfers-Bafler-Verkehrsflugzeuge, die schon seit einiger Zeit auf Ruba Stationiert sind, von San Domingo aus einen ununterbrochenen Flug über das Karibische Meer nach La Guayra, den Hafen von Caracas, der Hauptstadt von Venezuela, durchgeführt. Sie haben die 500 Seemeilen, gleich 900 Kilometer weite Strecke über den Ozean in acht Stunden zurückgelegt. Für den Verkehr des südamerikanischen Festlandes mit der Welt haben bedeutsamen Ansetzpunkt der Großen Antillen wird dieser Dyannung ganz besondere Beachtung finden müssen.

Aus der Provinz

Mehr Polizei!

Durch die rasend zunehmende Teuerung und die dadurch bedingte Verelendung breiter Arbeiterschichten, durch die hinsichtlich herangezogene Arbeitslosigkeit jugendlicher Arbeiter, durch das „Stahlbad“ des 4 1/2-jährigen Wassermonsters, in dem den Soldaten das Essen und Rauchen unter dem „Muschel-„Requirieren“ gelehrt und gelernt wurde, kurz durch die Folgeerscheinungen des Krieges und einer weisen Wirtschaftspolitik der sozialdemokratischen-bürgerlichen Koalitionen und noch mehr der schwerindustriellen Cuno-Regierung, nimmt die Kriminalität von Tag zu Tag zu. Das ist nun eine Tatsache, die besteht und gegen die die Sittenaufsicht und Reuchstiftungsanstalt nichts anderes zu tun wissen, als über die zunehmende Verelendung der Sitten und Verwahrlosung der Jugend Notz und Wasser zu heulen. Das Unternehmertum, die Kapitalisten, die Menschen, die sich durch Raub der Arbeiterschaft der Arbeiter, sie selbst ganz durch eigenen Fleiß und Tüchtigkeit, Vermögen und Reichtum erworben haben, denen also

etwas genommen werden kann, sie haben gegen die Diebstähle des Mittelstandes gelunben: Mehr Polizei.

Und so hält denn in den letzten Tagen die Provinzprelle auf Grund einer Anfrage des Reichstages den 20. 10. 1930 im Reichstage, wider von den Klagebüchern der Anarchisten. „Mehr Polizei“, so lautet der ganze Chorus des Rühregebells, das aus dem Schweiß und dem Blut des Proletariats sich seine Formschmelzung immer mehr befeigt, das ein Luder- und Schlemmerleben führt und das Proletariat zum Begehren herabdrückt.

Mehr Polizei! Aber wie. Eine spezielle Mittelmaß ist politisch und wirtschaftlich für die Unternehmung nicht möglich, dafür hat in der Arbeiterklasse die meisten Arbeiter der hiesigen Märkte zu sehr bekannt geworden. 150 000 Mann Schupo und 100 000 Mann Reichswehr genügen den Kapitalisten nicht, das Proletariat in seiner Verelendung niederzuhalten, die von den Anarchisten bezahlten Gewalttaten der Reaktion können heute noch nicht eingeleitet werden, ganz abgesehen davon, daß diese Formationen ja erst beim offenen Kampf um die Staatsgewalt eingesetzt werden sollten.

Mehr Polizei! Der Friedensvertrag hat die Stärke der offiziellen Polizei fastgelegt, über deren Grenze nicht hinausgegangen werden darf. Also schafft man eine inoffizielle Polizei. Und sie ist bereits in Gestalt der Werkspolizei geschaffen worden. Jedes größere Werk, jede Grube haben ihre Werkspolizei. Doch diese Polizei hat nur Gewalt über die Arbeiter innerhalb des Werkes, außerhalb des Werkes ist sie machtlos. Sie kann nicht auf den Straßen Sino und Handhüter haben und die Arbeiter eine Selbstbestimmung unterliegen. Doch dies alles genügt den Unternehmern noch nicht. Sie verlangen nicht mehr und nicht weniger als die Aufhebung der Wohnung als Freiheit. Nach dem Gesetz ist die Wohnung die Freiheit, die selbst Staatsorgane nur durch besonderen schriftlichen Befehl der Staatsanwaltschaft oder in Verfolgung eines Verordnungs betreten dürfen. Die Unternehmer fordern deshalb, daß die primären Werkspolizeibeamten die Eingangs- als Hülfspolizeibeamte erhalten, daß sie außerhalb des Werkes ihre Tätigkeit als Polizeibeamte ausüben dürfen. Es sollen das Recht haben, die Arbeiterklasse zu kontrollieren und die Arbeiterkämpfer zu überwachen. Mit diesem Recht können sie in jede Arbeiterunternehmung unter dem Vorwand der Überwachung des Altwarenhandels eindringen.

Der Zweck dieser Forderungen ist ein mehrfacher. Zunächst soll durch diese Artikel die mitteldeutsche Arbeiterschaft als ein Spitzbüchlein hingestellt und der Boden für eine härtere Belegung Mitteldeutschlands mit Schupo und Reichswehr vorbereitet werden. Reichswehr in Falle ist ja ein altes Ziel der Industriellen. Ferner soll die Arbeiterschaft unter härtere Kontrolle gestellt werden. Eine feste und numerisch harte Polizeimacht in den Industriegebieten ist die Voraussetzung für noch weitere Herabdrückung der Lebenslage der Arbeiterschaft. Dann soll aber für die angeworbenen Faschisten-Länder ein Anreizsystem geschaffen werden. Es sollen alle überall ganz legal arbeitslos, lasserrevolutionäre Formationen gebildet werden, die nicht nur gegen den inneren Feind, sondern, wenn die Lubendorff, Bauer, Gerhardt, Gierisch und Siller rufen, auch gegen den äußeren Feind ermondet werden sollen.

Gibt die Regierung Cuno dem Verlangen der Industriellen nach, und wer zweifelt daran, daß die kapitalistische Cuno-Regierung nicht jeden Wunsch ihrer Auftraggeber erfüllt, dann wird Mitteldeutschland ebenfalls ein festes Bollwerk der Konterrevolution.

Diese offenen Mordpläne der Konterrevolution müssen den Arbeitern die Augen öffnen. Ganz ohne unter den Augen der Cuno-Regierung, die den Kohlenbaronen 40 Milliarden Kohlensteuer schenkt, rüsten die Industriellen zur vollständigen Niederlage der Arbeiterschaft, rüsten sie zum neuen imperialistischen Krieg. Die Arbeiterschaft muß daraus lernen. Den bewaffneten Gewalttätigen gegenüber entgegengetreten werden. Schafft sie die Reaktion Kampforganisationen, so muß die Arbeiterschaft zur Abwehr der Angriffe beschleunigt tun.

Die neuen Gemeindearbeiterlöhne

Zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden e. B. Magdeburg und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wurde am 2. Februar die Höhe der Gemeindearbeiter Mitteldeutschlands für die Zeit vom 1. bis 28. Februar neu geregelt. Durch das Gehaltsabnahmestimmchen sind die letzten Gehälter der Gemeindearbeiter für die Zeit vom 1. bis 14. Februar um 65 Prozent, für die Zeit vom 15. bis 28. Februar um 102 Prozent angezogen worden. Das Haushaltungsgehalt ist ab 1. Februar von 10 auf 30 Mark, die Kinderbeihilfe von 10 auf 20 Mark erhöht worden. Durch Zustimmung beider Parteien sind die Löhne für Februar verbindlich.

Schlechte. Kein Geld für Arbeiter! Wie gemeldet wird, haben die Bankinstanzen wieder mal kein Geld. Die Geldknappheit ist so groß, daß am Donnerstag und Freitag dem außerordentlichen Bedarf der hiesigen Großbetriebe nicht genügt werden konnte, so daß die Auszahlung der Löhne am Freitag in vielen Fällen nur in voller Höhe erfolgen konnte. Der Hauptgrund dafür, die Reichsbank und ihre Filialen, werden vollständig.

Koalition. Abkündigung der Ruhrpandee. Am 1. Februar fand auf Einladung des hiesigen Gemeindevorstehers eine Zusammenkunft sämtlicher Parteien und Vereinsverbände statt, um darüber zu beraten, wie die „Kuhpandee“ am ergiebigen durchzuführen werden könnte. Der BSW-Mann Specht wollte nun eine längere Rede vom Stapel laufen, bekam aber von anderer Seite in unvorstelliger Weise zu verstehen, daß man seinen Wunsch nicht hören wollte. Darauf gab er Genosse eine kurze Erklärung ab, daß wir uns an dieser nationalen Sammlung nicht beteiligen können. Wenn uns unsere Kollegen und Genossen an der Ruhr das aufzusuchen, dann werden wir selbst in der Lage sein, anderen bedürftigen Arbeitern zu helfen. Der BSW-Mann Specht gab darauf eine Erklärung seiner Partei ab, die jeder Richtung dienlich und nichtsagen war. Sonst waren keine Arbeitervereine und Parteien mehr erschienen. Arbeiter! Sollte in den nächsten Tagen ein Sammel mit einer beratigen Kommission bei Euch erscheinen, dann laßt Euch zu! Sagt den Herren, daß Ihr die Wohlfahrt aller Tage am eigenen Leib verspürt und daß Ihr Euch nicht wieder wie 1914 als Schafstöpfe gebrauchen lassen wollt.

Bitterfeld. Abkündigung, Metallarbeiter! Wie bereits mitgeteilt, hat der Hauptvorstand die Wahl der Ortsverwaltung für 1931 erklärt, nachdem von gewisser Seite Einwand erhoben worden war. Es heißt, daß die kommenden 20. 10. 1930, den 8. Februar, als festlich beschlossenen 20. 10. 1930, eine neue Generalversammlung stattfinden soll, in der die Ortsverwaltung nochmals gewählt werden soll. Die Kollegen müssen deshalb vollständig und pünktlich zu dieser Versammlung erscheinen. Metallarbeiter Bitterfelds, seid diesen Leuten, die Eure Interessen so oft mit Füßen treten, zum zweiten Male, wie Ihr über sie denkt. Erscheint in Massen und nehmt Euch ein Beispiel an Euren Kollegen in Wertheim. Die zum zweiten Male eine kommunikalische Verwaltung gewählt haben. Ein Bitterfelder Genosse findet Mittwoch nachmittags 5 Uhr im „Fritz Bismard“ eine wichtige Vorbereitungsfrist. Parteibuch legitimiert.

Industriebezirk. Am Freitag, dem 9. Februar, nachmittags 5 Uhr, im „Fritz Bismard“ wichtige Fraktionsführung sämtlicher SPD-Mitglieder aus der Chemie, Bergbau, Eisen, Papier, Steinzeug usw. Referat. Die Bergarbeiter haben anschließend eine Besprechung.

Einmal in B. Falls. Für die ausgepöbelten Metallarbeiter in der Falls wurden durch den Genossen Kistka, Bitterfeld, 300 M. gesammelt.

